

Pressegespräch

Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

Mainz, den 9. August 2021

**Tischvorlage zum Pressegespräch mit
dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion,
Christian Baldauf, und dem stellvertretenden
Fraktionsvorsitzenden, Gordon Schnieder.**

Katastrophennacht

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat das Ahrtal eine **furchtbare Katastrophe** ereilt. Aufgrund **stundenlangen Starkregens** ist die Ahr in einem bis dahin unvorstellbaren Maße angeschwollen und hat **Pegelstände** erreicht, die so **noch nie dagewesen** sind. Die Flut nahm derartig gravierende Ausmaße an, dass ab einem gewissen Zeitpunkt keine konkreten Messungen mehr möglich waren. Die **Pegel wurden schlichtweg von den Wassermassen abgerissen** und weggespült. In der Folge basierten die übermittelten Wasserstände auf Projektionen des Landesumweltamtes. **Auch andere Teile unseres Landes etwa die Eifel und die Region Trier waren von diesem Hochwasser betroffen**, mit erheblichen Schäden – allerdings nicht in dem Umfang, der an der Ahr zu beklagen ist.

Das Ausmaß der Zerstörung im Ahrtal lässt sich kaum beschreiben. In nur einer Nacht haben nach jetzigem Stand in Rheinland-Pfalz **142 Menschen ihr Leben verloren – 141 davon im Ahrtal.** Darunter **12 Bewohner einer Einrichtung für behinderte Menschen in Sinzig.** Viele andere werden noch vermisst. Hunderte wurden zum Teil schwer verletzt. Ganz zu schweigen von Traumata, die die Betroffenen lange, wenn nicht ein Leben lang, begleiten werden.

In einer einzigen Nacht ist die Heimat Tausender Menschen in den Wasserlawinen untergegangen. Viele Menschen haben alles verloren und konnten nur ihr nacktes Leben retten. Schon die Fernsehbilder sind brutal. Sie können aber das ganze Ausmaß des Grauens nicht vermitteln. Das wunderschöne

Ahrtal, eines der touristischen Zentren unseres Landes, ist nach der Flut nicht wiederzuerkennen. Es ist zerstört. **Alles ist zerstört:** Häuser, Straßen, Brücken, Wasser- und Abwasserleitungen, Strom- und Gasversorgung, Kommunikationsinfrastruktur, Schienenwege, Schulen, Kitas, Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten, Lebensplanungen ... schlichtweg alles.

Was ich selbst vor Ort gesehen und im Gespräch mit den Menschen dort gehört habe, hat mich nicht nur berührt, es hat mich zutiefst erschüttert. Was die Menschen dort sehen, was sie erleben und erleiden, **der Verlust von Angehörigen und Freunden, von Zuhause, Hab und Gut und Existenz ist kaum zu verkraften.**

Zentrale und absolut vorrangige Aufgabe ist deshalb, neben der Gewährleistung einer **Soforthilfe**, der **umgehende Beginn des Wiederaufbaus**. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass ihre **Heimat wiederaufgebaut wird und das so schnell es geht.**

Sie müssen darauf vertrauen können, dass sie vom Staat **volle Rückendeckung, finanziell wie bürokratisch** bekommen, und alle nur denkbaren Erleichterungen, um die gewaltige Aufgabe stemmen zu können.

Wir brauchen ein funktionierendes und effektives Krisen- und Aufbaumanagement vor Ort mit einem Sonderbeauftragten der Landesregierung. **Keine langwierigen Prüfungen, sondern neues Denken und schnelles unbürokrati-**

sches und unkonventionelles Handeln. Jede und jeder muss die Sicherheit haben, dass niemand nach der Katastrophe materiell schlechter dasteht als vorher.

Aufarbeitung des Geschehenen

Die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal ist in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz ohne Beispiel. Die Geschehnisse müssen zwingend aufgearbeitet werden. Denn eine Tragödie derartigen Ausmaßes kann und darf nicht ohne Folgen bleiben. Das sind wir den Menschen im Ahrtal schuldig. Dabei muss es in erster Linie darum gehen, alle Aspekte auf den Prüfstand zu stellen, die mit dieser Katastrophe zusammenhängen.

Es stellen sich hier viele Fragen. Und die wichtigste lautet:

Wäre es möglich gewesen, mehr Leben zu retten? **Die Angehörigen der Toten und Vermissten, die** Menschen in der Region, die ihre Heimat verloren haben – sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, weshalb alles so gekommen ist:

- Trafen Warnungen zu spät ein? Waren sie **deutlich genug?**
- Hätte der Hochwasserschutz wirksamer organisiert werden können?
- Das Krisenmanagement – wie und wo liefen welche Informationen zu welchem Zeitpunkt auf?
- Sollten Frühwarnsysteme und Meldekette, wie der Katastrophenschutz grundlegend verbessert werden?

Wir stehen in der Pflicht, das, was geschehen ist, aufzuarbeiten. Um daraus für die Zukunft zu lernen. Um uns besser auf Krisen vorzubereiten. Wir brauchen eine klare Analyse. Um neue Warnstrukturen für einen wirklichen Schutz der Bevölkerung aufzubauen.

Die Flut und ihre entsetzlichen Folgen können wir nicht ungeschehen machen. Aber wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, dafür zu sorgen, dass sich eine solche Tragödie, der Tod so vieler Menschen, so vieler Verletzter, in Rheinland-Pfalz, in Deutschland nicht wiederholt. **Wir werden deshalb einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen, der diese tragischen Ereignisse umfassend aufarbeitet und die politischen Verantwortlichkeiten klärt.** Ich habe den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gordon Schnieder gebeten, die Funktion des Obmanns unserer Fraktion in diesem Untersuchungsausschuss zu übernehmen. Das hat er mir zugesagt.

Zugleich bleibt es bei unserem Vorschlag, eine **Enquete-Kommission** einzusetzen, die auch auf wissenschaftlicher Grundlage insbesondere notwendige Verbesserungen im Bereich des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes erarbeiten soll.

_____ **Gordon Schnieder** _____

Wir haben uns als CDU-Landtagsfraktion, so wie Christian Baldauf gerade beschrieben hat, dazu entschlossen, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen.

Diese Entscheidung ist in den letzten Tagen gereift. Wir sind der Auffassung, dass im vorliegenden Fall ein ganz besonderes öffentliches Interesse vorliegt, die Fragen zu klären, warum gerade im Ahrtal die Katastrophe deutlich schwerwiegender gegriffen hat, als andernorts. Das sind wir auch den Opfern, den Hinterbliebenen und den Betroffenen vor Ort schuldig.

Zu viele Fragen sind noch offen; zu groß ist die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Bewertungen. So sprechen manche davon, man sei gut gerüstet gewesen. Andere sprechen im gleichen Kontext von Systemversagen.

Einige sagen, das Ausmaß der Flut sei nicht absehbar gewesen. Andere sprechen davon, dass die Extremwetterlage bereits am vorangegangenen Wochenende sehr wohl absehbar gewesen sei. Man spricht in Summe von organisierter Verantwortungslosigkeit.

Diese und viele weitere Widersprüche sind aufzuklären. Verantwortung ist klar aufzuzeigen!

Ein Untersuchungsausschuss ist daher für diese Aufarbeitung und Verantwortungssuche das richtige Instrument des Parlaments, das im Kern die Frage der politischen Verantwortung für die erkennbaren Missstände zu klären versucht. Der Untersuchungsausschuss wird sich auch nicht nur mit den Geschehnissen des 14. und 15. Juli beschäftigen. Vielmehr muss die Aufarbeitung am Sams-

tag, den 10.07. beginnen, als das europäische Hochwasser-Warnsystem bereits eine bedrohliche Lage erkannt hat. Und er wird sich dann auch mit der Frage beschäftigen, wie das Krisenmanagement unter der Einsatzleitung der ADD in den anschließenden Tagen und Wochen funktioniert hat und was auch dann möglicherweise falsch gelaufen ist.

Ein Untersuchungsausschuss darf sich nur mit abgeschlossenen Vorgängen befassen. Die Sachverhalte, die untersucht werden, müssen eine sog. Verantwortungsreife haben. Daher ist es falsch, direkt nach einer solchen Katastrophe einen Ausschuss zu fordern. Vielmehr bedarf es einer vertieften Analyse der Vorgänge, die für uns dann den einzigen Schluss zugelassen hat, nämlich, dass wir als CDU-Landtagsfraktion die entsprechende Einsetzung beantragen werden.

Da wir gerade im Hinblick auf das Krisenmanagement im Anschluss der Katastrophe noch einen klaren zeitlichen Abriss brauchen, um auch die Verantwortungsreife eindeutig feststellen zu können, werden wir den Einsetzungsantrag erst nach Abschluss dieser Feststellung einreichen.